



Remesas, Remittances, Remissen, Rücküberweisungen

Eine Quelle der Hoffnung und Sicherheit?



Nach Angaben der Weltbank sind private Rücküberweisungen von Migrant*innen seit 2015 die größte Quelle externer Finanzströme in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen (LMICs). Remesas gelten als erheblicher Beitrag zur Ernährungssicherheit und eine wichtige Quelle für Resilienz in Zeiten steigender Preise und hoher Inflation. Von Andrea Lammers

Am von Palmen gesäumten Strand der afroindigenen Garífuna-Gemeinde San Juan in Honduras ist es ruhig an diesem Morgen. Drei oder vier Kanus roten im Sand vor sich hin, ein paar magere Hunde schnüffeln am Seegras, Pelikane kreisen über den gemächlich anrollenden Karibikwellen. Am Horizont ist nur ein Fischerboot zu sehen. „Die Fischerei lohnt sich nicht mehr“, sagt Don Wilfredo, ein graugelockter Mittsechziger: „Es ist mühsam und gefährlich aufs offene Meer rauszufahren – und dann bringt man kaum einen Fang nachhause. Da verlieren die Jungen natürlich das Interesse und gehen weg. Früher konnten wir auch noch in der Lagune fischen, aber da holzen die Reichen und Mächtigen aus der Stadt jetzt die Mangroven ab und schütten Kies für ihre Ferienhäuser auf.“ „Wovon leben denn dann die Einheimischen hier?“ fragen wir, eine kleine Delegation von Journalist*innen aus Deutschland. „Fast alle, die noch da sind“, antwortet Don Wilfredo, „leben davon, was ihre Verwandten ihnen aus den USA schicken. Von den remesas. Damit kaufen sie Essen im Supermarkt und wir verlieren unsere traditionelle Ernährung und unsere Kultur.“

Die interamerikanische Entwicklungsbank (BID) hat eine ganz andere Sicht auf die privaten Geldtransfers von Migrant*innen (remesas, remittances oder Remissen) und wird, sonst eher unüblich für Finanzinstitutionen, dabei fast ein bisschen pathetisch: „Geldüberweisungen sind viel mehr als nur ein Transfer von Geld von einem Land in ein anderes. Sie sind ein emotionales und finanzielles Bindeglied, das die migrantischen Arbeiter*innen mit ihrer Heimat und ihren Familien in den Herkunftsländern verbindet. Für die Empfängerfamilien sind Geldüberweisungen eine Quelle der Hoffnung und Sicherheit und haben einen erheblichen Einfluss auf ihre Lebensqualität.“

Und die Bank hat in der Tat Zahlen, Statistiken und die tägliche Erfahrung von Millionen Menschen auf ihrer Seite: Ihre jüngste Studie für die zentralamerikanischen Länder El Salvador, Guatemala und Honduras sowie Mexiko und die Dominikanische Republik zeigt, dass die privaten Überweisungen die Armut in diesen Ländern um zwei Prozentpunkte reduzieren, den Gini-

Index, der Ungleichheit misst, um ein Prozent. 2,2 Millionen Menschen wurden im Zeitraum 2017-2019 durch die Geldsendungen ihrer emigrierten Familienmitglieder vor Armut bewahrt, so die BID. Besonders auffällig ist der Effekt für das kleine Land El Salvador, wo die Reduktion von Armut sogar 6 Prozent betrug. Dabei profitierten offenbar in allen fünf Ländern die ärmeren Familien am stärksten. In den zentralamerikanischen Staaten bestritten die Empfänger*innen durchschnittlich 88 Prozent ihrer Lebensmitteleinkäufe aus remesas, 45 Prozent ihrer Ausgaben für Gesundheit, 38 Prozent ihres Budgets für Dienstleistungen (wie etwa Strom, Wasser, Internet) und 9 Prozent ihrer Ausgaben für Bildung.

Private Geldsendungen stellen einen wichtigen sozialen Schutzfaktor dar

Was für Don Wilfredo in Honduras und viele indigene Aktivist*innen weltweit ein Anlass zur Sorge ist und zu Beginn der 2000er Jahre auch in akademischen Kreisen noch als problematisch, da nicht strukturverändernd, kritisiert wurde, scheint heute auf dem internationalen Parkett fast unumstritten als ein erheblicher Beitrag zur Ernährungssicherheit und eine wichtige Quelle für Resilienz in Zeiten steigender Preise und hoher Inflation zu gelten. Während der COVID-Pandemie zeigte sich besonders deutlich, dass die privaten Geldsendungen generell stabil bleiben und in Krisenzeiten sogar anwachsen. Laut BID stellen sie einen wichtigen sozialen Schutzfaktor dar, der viel stärker wirkt als die Sozialsysteme der betreffenden Länder und hilft, Risiken wie Arbeitsplatzverlust oder die Folgen von Klimakrise und Umweltkatastrophen abzufedern.

Auch der internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung der Vereinten Nationen (IFAD) betont die positiven Seiten der Geldtransfers. So heißt es in einer Mitteilung zum 16. Juni, dem Internationalen Tag der familiären Geldtransfers, aus dem Jahr 2023: In den

letzten 20 Jahren habe sich der Wert der Rücküberweisungen verfünffacht. „Es ist beachtenswert, dass eine Milliarde Menschen – jeder siebte Mensch auf der Welt – an den Überweisungen beteiligt ist, als Sendende (200 Millionen migrantische Arbeiter*innen) oder Empfangende (durchschnittlich jeweils eine vierköpfige Familie). Jeder neunte Mensch auf der Welt (insgesamt etwa 800 Millionen) profitiert von diesen Geldströmen.“ Mehr als 70 Länder weltweit, so der IFAD, sind mit über 4 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes von Rücküberweisungen abhängig. Migrantische Arbeitnehmer*innen schicken durchschnittlich alle ein bis zwei Monate 200 bis 300 US-Dollar in ihr Herkunftsland. Das seien nur 15 Prozent ihres Einkommens, denn der Rest verbleibe in den Aufnahmeländern. Die überwiesenen Beträge könnten jedoch bis zu 60 Prozent des gesamten Haushaltseinkommens ausmachen und sicherten den Lebensunterhalt von Millionen von Familien.“

Die Bedeutung von remesas wird in den nächsten Jahren weiter wachsen

Nach Angaben der Weltbank sind private Rücküberweisungen von Migrant*innen seit 2015 die größte Quelle externer Finanzströme in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen (LMICs) mit Ausnahme von China. Sie sind etwa dreimal so hoch wie die staatliche Entwicklungshilfe und übersteigen auch die ausländischen Direktinvestitionen erheblich. Für das Jahr 2023 werden Rücksendungen in LMICs auf 669 Milliarden US-Dollar (von 860 Milliarden US-Dollar insgesamt) geschätzt. 2023 waren die fünf wichtigsten Empfängerländer für Rücküberweisungen unter den LMICs Indien (125 Milliarden US-Dollar), Mexiko (67 Milliarden), China (50 Milliarden), die Philippinen (40 Milliarden) und Ägypten (24 Milliarden).

Zu den Volkswirtschaften, in denen die Rücküberweisungen einen enormen Anteil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausmachen, gehören Tadschikistan (48 Prozent des BIP), Tonga (41 Prozent), Samoa (32 Prozent), Libanon (28 Prozent) und Nicaragua (27 Prozent). Die weiteren zentralamerikanischen Staaten folgen mit Anteilen jeweils um die 25 Prozent.

Aus den USA werden weitaus am meisten familiäre Geldtransfers getätigt, gefolgt von den Golfstaaten (vor allem Saudi Arabien und den Arabischen Emiraten) sowie Russland, von wo aus viele remittances nach Zentralasien fließen.

„Während der Krisen haben die Migrant*innen die Risiken gemeistert und ihre Widerstandsfähigkeit

bewiesen, um ihren Familien in der Heimat zu helfen. Die hohe Inflation und das gedämpfte globale Wachstum beeinträchtigen jedoch den Geldbetrag, den sie zurückschicken können“, konstatiert Iffath Sharif, Direktorin der Weltbank für sozialen Schutz und Arbeitsfragen zum Jahresende 2023: „Die Arbeitsmärkte und die Sozialpolitik der Aufnahmeländer müssen die Migrant*innen einbeziehen, deren Rücküberweisungen eine wichtige Lebensader für die Entwicklungsländer sind. Was hier angedeutet wird, kann im Klartext auch so weitergelesen werden: Im globalen Kapitalismus ist der Export billiger und leicht auszubeutender, wenig geschützter Arbeitskraft zu einem Schlüsselement geworden. Er fördert die Konzentration von Kapital und lässt die Ungleichheiten zwischen Staaten wachsen, ermöglicht jedoch auch ganzen Staaten zu überleben, indem ihre verarmte Bevölkerung ihre Grundbedürfnisse aus privaten Rücksendungen ihrer Familienmitglieder

Die Gebühren sind meist umso höher, je kleiner die transferierte Summe ist

befriedigt. Die Staaten, in die viele remesas fließen, profitieren zusätzlich auch davon, dass die ausländischen Devisen ihre Haushaltsdefizite verringern, Zahlungsbilanzen verbessern und weder verzinst, noch zurückgezahlt werden müssen. Den Preis für dieses Modell entrichten die Migrant*innen auf den immer teurer und gefährlicher werdenden Migrationsrouten. Oftmals bezahlen sie mit ihrer Gesundheit oder sogar dem Leben.

Ein rundum gutes Geschäft sind zumindest die offiziellen privaten Geldtransfers hingegen für Banken und wenige spezialisierte Unternehmen, die eine Art Kartell bilden und hohe Gebühren kassieren. Die Globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG 10) fordern eine Senkung dieser Überweisungsgebühren auf 3 Prozent der transferierten Summe bis zum Jahr 2030. Davon ist man derzeit noch weit entfernt. 2023 betrug die Transferkosten für 200 US-Dollar noch durchschnittlich 6 Prozent. Die Gebühren sind meist umso höher, je kleiner die transferierte Summe ist. Mit

einer wirklich nachhaltigen Entwicklung, die von den Gemeinden, ihren autonomen Entscheidungen, Territorien und Strukturen ausgehen müsste, hat dieses SDG, das ganz dem neoliberalen Konzept folgt, aber ohnehin nicht viel zu tun.

Die Bedeutung der remesas wird auch in den nächsten Jahren weiterwachsen, wobei ein neuer Trend sichtbar wird: Die Abschottungspolitik der USA und Europas und strengere Grenzkontrollen führen dazu, dass immer mehr Migrant*innen in früheren Transitländern wie Mexiko oder Guatemala beziehungsweise Marokko, Tunesien und der Türkei festsitzen. Auch sie bekommen zunehmend Geldsendungen von ihren Verwandten, die „es geschafft“ haben. Weltbankexperte Ratha meint dazu: „Diese Geldströme wirken sich positiv auf die Wirtschaft der Aufnahmeländer aus.“©



Andrea Lammers
ist Journalistin und
arbeitet im
Ökumenischen
Büro für Frieden
und Gerechtigkeit
e.V. in München

